

BULLETIN N°009 - 11. FEBRUAR 2009

Willkommen in Europa, dem Land der Demokratie und des Wissens!

Im zehnten Jahr des Bolognaprozesses zur Schaffung eines einheitlichen, weltweit konkurrenzfähigen Bildungsmarktes, nur zwei Monate bevor auf der Bologna-Konferenz in Leuven Bilanz gezogen wird, zeigt das Alte Europa seine Stärken: einen ausgeprägten Kampfgeist, Sinn für Fairness, für öffentliche Debatte und sozialen Konsens.

Wieder einmal zeigt die französische Hochschulgemeinschaft, dass es sinnvoll ist für Sinnvolles gemeinsam ein- und aufzustehen. Auch Studierende und Lehrende in Belgien, in Griechenland, in Spanien exerzieren beispielhaft zivilen Ungehorsam für eine bessere Gegenwart.

Doch auch Alterserscheinungen der Bildung und der Wirtschaft treten zu Tage: Der Ärztemangel in Portugal lässt die Alarmglocken schrillen, die Studentenzahlen in Großbritannien und Italien gehen zurück, weil das Studium zu teuer ist und sich der Abschluss nachher nicht bezahlt macht, und EU-Kommissar Ján Figel' erinnert wieder daran, wie dringend nötig die Arbeitswelt das Produkt der Hochschulen: kluge ausgebildete Leute braucht.

Bei einem so großen Beitrag der Hochschulen zu Wandel, Wohlstand und demokratischer Kultur, in der Tat, wird eine große Investitionsinitiative der großen europäischen Unternehmen in diesem Jahr nicht ausbleiben.

Sie lesen ESNA, den Nachrichtendienst für europäische Hochschulen. Bleiben Sie dran!

EUROPÄISCHE FACHHOCHSCHULEN SIND INNOVATIV

Die Fachhochschulen wollen wie alle Hochschulen komplette Ausbildungszyklen und akademische Titel wie BA, MA und PhD anbieten können. Dies ist eines der Ziele, das auf einer Tagung von elf europäischen Fachhochschulverbänden am 4. und 5. Februar in Den Haag formuliert wurde.

Das informelle Netzwerk der Fachhochschulen (UASNET) besteht seit 2004, im Rahmen des EU-geförderten Projekts EDUPROF arbeitet es daran, das praxisorientierte und innovative Profil der Fachhochschulausbildung zu schärfen, die grenzüberschreitende Koordination zu fördern und sich im Hinblick auf die künftigen EU-Forschungsprogramme und deren Ausschreibungskriterien zu positionieren. Die Ergebnisse der Tagung fließen in eine Erklärung ein, die den Ministern auf der Bolognakonferenz in Leuven im April vorgelegt werden soll.
[802]

EU BEGRÜSST UNTERNEHMERISCHEN EINFLUSS AN HOCHSCHULEN

Ján Figel' äußerte sich zufrieden, dass bereits viele Universitäten Vertreter der Wirtschaft in entscheidenden Leitungsgremien zu Wort kommen lassen. Der EU-Kommissar für Bildung sagte auf dem diesjährigen Universitäts- und Wirtschaftsforum am 5. Februar in Brüssel, dies entspreche den freiwilligen Richtlinien der EU für Universitäten und Forschungseinrichtungen (1) und trage dazu bei, die Lehrpläne den Erfordernissen des Arbeitsmarktes anzupassen. Zu den kritischen Stimmen gegenüber Figel's Optimismus gehört Kai Gehring, hochschulpolitischer Sprecher der Grünen/B90 im Bundestag. Gehring sagte im



Ján Figel' (geb. 1960),
EU-Kommissar für Bildung, Ausbildung und Kultur

Gespräch mit ESNA, es sei wichtig, dass Hochschulen und Wirtschaft gut zusammenarbeiten, lehnte aber den direkten unternehmerischen Einfluss auf Lehrinhalte ab. Statt von den Universitäten immer mehr zu fordern, schlug er den Wirtschaftsvertretern vor, sich auch an ihre vollmundigen Versprechen zu erinnern, etwa für Stipendienprogramme in Deutschland. [957]

(1) [Grünbuch](#) der EU-Kommission, 04.04.2007

REFORMEN AUF KOSTEN DER WALLONISCHEN STUDIERENDEN

Ausbildungsministerin Marie-Dominique Simonet löst derzeit nur Kopfschütteln bei wallonischen Studierenden aus. Denn sie hat Ende Januar zwei hochschulpolitische Entscheidungen getroffen, die ausschließlich zu Lasten der Studierenden gehen, findet die Studentengewerkschaft FEF. Zunächst schlug die Ministerin ein Moratorium vor, das den Numerus Clausus für Studenten der Medizin und Zahnmedizin um ein weiteres Jahr verlängert (1) und das obwohl die Kontingentierung der Studienplätze obsolet sei und einen Ärztemangel verursache. (2)



Marie-Dominique Simonet (geb. 1959),
Ministerin für Hochschulen, Forschung
und int. Beziehungen der französischen
Gemeinschaft Belgiens

Zum andern wenden sich die Studentenvertreter gegen den Gesetzesentwurf der Simonet, nach dem alle wallonischen Architekturschulen in nahe gelegene Universitäten integriert werden sollen. Die Ministerin handle, so der FEF, aus verwaltungstechnischen Erwägungen und nehme in Kauf, dass sich damit die Studiengebühren für Architektur auf 812 Euro erhöhen, also fast verdoppeln. (3) [903]

(1) [Mitteilungen](#) des Ministeriums zum Moratorium und zur Integration der Architekturausbildung, 30.01.2009 |

(2) [Reaktion](#) der FEF, 03.02.2009 | (3) [Reaktion](#) der FEF, 05.02.2009 (auf Französisch)

DEUTSCHLANDS RETTUNG DURCH COMPUTER?

Der Hochschulzugang wird in vielen europäischen Ländern reformiert und vereinheitlicht – nicht so in Deutschland, wo fast alle Universitäten eigene Aufnahmeregeln etabliert haben.

Föderalismusreform heißt das auf preußisch; bis zu 20 Bewerbungen haben Studierende letzten Herbst an verschiedene Universitäten gesendet und dann bis tief ins Wintersemester auf Antworten gewartet. Damit diese Zumutung für die Studenten im Wahljahr 2009 die Stimmung nicht trübt, haben sich das Bundesbildungsministerium, die Rektorenkonferenz HRK und die Kultusministerkonferenz KMK darauf geeinigt, die ehemalige zentrale Stelle zur

Koordination von Studienplätzen (ZVS) in eine Servicegesellschaft umzuwandeln und sofort die Software für eine interaktive Datenbank in Auftrag zu geben. Ob sie programmiert ist und funktioniert, bis 2013 die doppelten Abiturjahrgänge kommen? [858]

[Pressemitteilung](#) des Ministeriums, 09.02.2009 |

[Radiointerview](#) zum Thema mit Bildungsexperte Karl-Heinz Heinemann, WDR5, 28.01.2009

LEBENSWEGE STATT MOMENTAUFNAHMEN

Das bisher größte deutsche Bildungsforschungsprojekt, das sog. Nationale Bildungspanel, ist vergangene Woche von Bundesbildungsministerin Annette Schavan in Bamberg gestartet worden.

Aus 60.000 Lebenswegen werden empirische Daten über den Kompetenzerwerb vom Kindergarten bis ins Erwachsenenalter ausgewertet. Rund 150

Wissenschaftler arbeiten an dem Projekt mit, das für das Jahr 2009 mit rund 7,5 Mio. Euro von der Bundesregierung gefördert wird. Bis 2013 soll dieser Betrag auf 16 Mio. Euro jährlich steigen. Bis dahin

sollen die ersten Stichproben vorliegen. Mit dem Bildungspanel soll den gängigen Momentaufnahmen in Studien wie PISA und IGLU eine Längsschnittstudie entgegengestellt werden, die, so Frau Schavans Erwartung, Grundlagen für strategische Entscheidungen in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik ermöglicht. [826]

[Pressemitteilung](#) des Bildungsministeriums, 03.02.2009



Annette Schavan (geb. 1955),
deutsche Bildungs- und
Forschungsministerin seit 2005

DEUTSCHE STUDIERENDE OHNE NATIONALE VERTRETUNG

Der bisher größte deutsche Studentenverband, der Freie Zusammenschluss von Studentinnenschaften fzs, leidet an akutem Mitgliederschwund. Nur noch 76 ASten und StuRas aus den 350 Hochschulen sind Mitglieder des fzs, die kaum mehr als ein Drittel der 2 Mio. Studierenden in Deutschland vertreten.

Nun sind auch noch die Kassen leer, denn das Bildungsministerium verlangte 2008 rund 40.000 Euro Förderung zurück. Eine geringe Erhöhung der Mitgliedsbeiträge um 25 Cent zog nur Kritik nach sich und konnte das Defizit nicht ausgleichen.

Aber ist es nur das Geld? Die Studierendenvertreter der FU Berlin etwa begründeten ihren Austritt aus dem fzs so: Er habe in Zeiten der Entdemokratisierung der Hochschulen, der Einführung von Studiengebühren und der Bologna-Reformen zu unkritisch agiert, anstatt für diejenigen aufzustehen, „für die in Länderparlamenten keine Politik gemacht wird, (und die) politische Meinungsbildung wieder aktiv voranzutreiben.“ [946]

[Austrittserklärung](#) des AStA der FU Berlin, 12.08.2007

ENGPASS FÜR BERLINER LEHRAMTSSTUDENTEN

Zuerst die gute Nachricht: Die Bologna-Reform der deutschen Studiengänge soll Ende dieses Jahres abgeschlossen sein, drei Viertel der rund 12.000 Studienangebote folgen bereits dem neuen BA/MA-Modell.

Doch für die Lehramtsstudenten in Berlin sieht es düster aus. Vor allem auf die höheren Semester kommt ein immenser Zeitdruck zu, denn neben der Umstrukturierung der Kurse wird das zuständige Landesprüfungsamt geschlossen. Wer es bis zum 1. September 2010 nicht schafft, sich zum Staatsexamen anzumelden, kann die Prüfung nicht mehr ablegen und wird voraussichtlich auf den Bachelor zurückgestuft.

Eine nationale Instanz für die angehenden Lehrer gibt es nicht, jedes der 16 deutschen Bundesländer hat eine andere Regelung. Wieder ein Beispiel, wo Studierende für den Bolognaprozess bezahlen. [793]

FRANKREICH: PECRÉSSE LENKT EIN



Valérie Pécresse, geb. 1967,
seit 2007 französische Ministerin
für Hochschulwesen

Nach den seit zwei Wochen anhaltenden (und schon Ende letzten Jahres sehr heftigen) Protestaktionen gegen die französischen Hochschulreformen gab Valérie Pécresse, Ministerin für Hochschulwesen und Forschung, am Montag dem Druck der akademischen Gemeinschaft nach.

In France Info gab sie bekannt, dass die umstrittene Statusreform der Forscher mit Lehrauftrag zunächst überarbeitet und frühestens 2010 in Kraft treten wird. Jean Fabbri, Generalsekretär der Bildungsgewerkschaft SNESUP, sprach in der Tageszeitung Libération von einer „Show“, die Pécresse veranstalte. Er werde, wie zahlreiche andere Vertreter der Lehrkräfte, das von ihr

angebahnte Treffen am 11. Februar boykottieren. (1)

Um den Abbruch des „Plan Carrière 2009-2011“ und ein endgültiges Ende der Reformen zu erreichen, wollen Forscher, Dozenten und Studenten bis in den März hinein die Demonstrationen fortsetzen. Am Dienstag, den 10. Februar, gingen erneut in ganz Frankreich zwischen 50.000 und 100.000 Reformgegner auf die Straßen. [997]

(1) Jean Fabbri in [LIBÉRATION](#), 10.02.2009

GRIECHISCHER REKTOR TRITT AUS PROTEST ZURÜCK

Um gegen den schlechten Zustand und die Unterfinanzierung seiner Hochschule zu protestieren, hat Prof. Andreas Troumpis, Rektor der Ägäischen Universität, gekündigt. Der akademische Senat der Universität mit mehreren Zweigstellen auf den ägäischen Inseln von Lesbos bis Rhodos hat die Kündigung zwar noch nicht genehmigt, droht aber seinerseits mit kollektivem Rücktritt, sofern die seit 2006 akuten Mängel nicht behoben werden.

Zur gleichen Zeit wurde auch in Thessaloniki die Didaktische Fakultät aus Protest für drei Tage geschlossen.

Sollten die alten Seilschaften der griechischen Eliten weiterhin regieren? Gerade hat Bildungsminister Aris Spiliopolous die Finanzierung zweier neuer Fakultäten gebilligt und zwar just in den Regionen, in denen sein Amtsvorgänger Evripides Stylianidis zur Wahl antritt. Die Opposition im Parlament hat ihn dafür prompt wahlpolitischer Manöver bezichtigt. [892]

ERSTMALS WENIGER BRITISCHE STUDIERENDE

Der jüngste Bericht der Statistikagentur HESA zu den britischen Studentenzahlen meldet zum ersten Mal in der jüngeren Vergangenheit einen Rückgang. Im akademischen Jahr 2007/08 ist die Zahl der Briten, die an einer heimischen Universität eingeschrieben sind, von 1,97 Mio. auf 1,96 Mio. gesunken. Lediglich die Zunahme der Studierenden aus Übersee (4%) und der EU (6 %) sorgte für eine ausgeglichene Bilanz von 2.306.105 Studenten insgesamt. Im Bereich der Teilzeitstudenten – die wichtigste neue Zielgruppe für Hochschulminister John Denham – sind die größten Einbrüche zu verzeichnen: die Zahl der Eingeschriebenen hat im Untersuchungszeitraum um 3 % und die der Neuanmeldungen um 2 % abgenommen.



Die Hochschulgewerkschaft UCU reagierte besorgt angesichts der negativen Tendenz. Rechts von ihr machte David Willetts, konservatives Parlamentsmitglied in der Opposition, das derzeitige Bildungsprogramm der Regierung für den Rückgang verantwortlich und erklärte es rundweg für gescheitert. [989]

Der aktuelle [HESA-Bericht](#), 29.01.2009 | David Willetts' [Stellungnahme](#), 29.01.2009 (auf Englisch)

ITALIENISCHE SCHULABGÄNGER MEIDEN DEN CAMPUS

Der akademische Bildungsweg in Italien verliert an Reiz: nach Angaben des Ministeriums für Ausbildung, Universitäten und Forschung ist die Zahl der Neueinschreibungen in nur zwei Jahren um 4,4 % gesunken. In absoluten Zahlen haben sich 312.104 Studenten im letzten Jahr immatrikuliert, 14.000 weniger als 2006/07 und damit so wenige wie seit 2001 nicht mehr.

Zugleich ist die Anzahl der Abiturienten stark gestiegen von 430.000 in 2004/05 auf 463.000. Vergleicht man die Zahl der Erstsemester von 2008 und 2007, haben sich nur zwei von drei (67 % gegenüber 75 %) Studienberechtigten für eine Fortsetzung ihrer Ausbildung an der Universität entschieden. Es gehen also immer mehr junge Leute nach der Schule direkt auf Arbeitssuche.

Die Gründe? – Die Schwierigkeit, selbst mit Hochschulabschluss eine Arbeit zu finden und die schwindelerregende Erhöhung der Studiengebühren um rund 90 % in den letzten fünf Jahren. [912]

[Mitteilungsblatt](#) des Ministeriums zu den Immatrikulationen 2008/2009 (auf Italienisch)

HOCHSCHULKONKURRENZ NACH BERLUSCONI

„Wir wollen erreichen, dass die konkurrierenden Universitäten scheitern.“ Dass Luigi Frati, Magnifico Rettore der Universität La Sapienza in Rom, kein Blatt vor

den Mund nimmt, ist bekannt. Und unverblümter lässt sich der neue rauhe Ton in Italien nach den Hochschulreformen der Regierung Berlusconi nicht ausdrücken. Tatsächlich stellt die Umverteilung der staatlichen Mittel, die das im Januar verabschiedete Gesetz Gelmini vorsieht, die Universitäten in unerbittliche Konkurrenz zueinander. Ein Meilenstein dieses historischen Paradigmenwechsels war auch der Zusammenschluss zwölf namhafter Universitäten zu der Vereinigung AQUIS (Verein für die Qualität der staatlichen italienischen Universitäten) im Frühjahr letzten Jahres. Dieser Verein setzt sich für eine konzentrierte leistungsbezogene Mittelvergabe ein und fordert mehr Autonomie für die Universitäten zugunsten einer „Konkurrenz zum Besseren“. [906]

[AQUIS](#)

POLEN SPART IN KRISENZEITEN

Das polnische Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen wird sein für 2009 angekündigtes Budget von 3,17 Milliarden Euro um rund 190 Millionen Euro kürzen. Die von Premierminister Donald Tusk als Reaktion auf die Wirtschaftskrise allen Ministerien auferlegten Sparmaßnahmen betreffen im Bildungsbereich vor allem die Ausgaben für militärische Forschung, die Teilnahme an internationalen Messen sowie administrative Belange innerhalb des Ministeriums selbst. Außerdem plant die Behörde eine Aufwandsreduzierung für alle wissenschaftlichen Forschungsaktivitäten, die alternativ aus den Strukturfonds der EU finanziert werden können. Die laufende Reform des Hochschul- und Bildungswesens soll unter den Kürzungen jedoch nicht leiden. [738]

ATTRAKTIVE FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN POLEN

Die Stiftung für die Polnische Wissenschaft (FNP), Polens größte Non-Profit-Organisation im Bereich



der Forschungsförderung, hat ihr Jahresprogramm 2009 veröffentlicht. Dieses wartet besonders mit zwei neuen Förderprojekten auf: „Ideen für Polen“ stellt jungen Wissenschaftlern und Teams ein Ergänzungsstipendium zur Verfügung, die bereits einen Starting Grant des Europäischen Forschungsrats (ERC) gewonnen haben. Das Projekt „Exterius“ hingegen wird der Förderung aller hervorragenden, innovativen Forschungsaktivitäten dienen, die nicht die Unterstützung anderer Förderquellen gewinnen können. Zur Finanzierung aller wissenschaftlichen Projekte stellt die Stiftung dieses Jahr rund 11,2 Millionen Euro bereit. [712]

Die [FNP-Webseite](#) (auf Englisch)

MASSNAHMEN GEGEN PORTUGIESISCHEN ÄRZTEMANGEL

Das portugiesische Gesundheitsministerium will Studenten der Medizin, die ihr Studium im Ausland aufgenommen haben, zurück ins Land holen. Da großer Ärztemangel herrscht, hat Gesundheitsministerin Ana Jorge die Initiative

ergriffen und Verhandlungen mit den Universitäten aufgenommen, damit die Studienleistungen im Ausland, anders als bisher, in Portugal leichter anerkannt werden.

Gegenwärtig studieren etwa 700 junge Portugiesen Medizin im Ausland, vor allem in London, Spanien und Tschechien. Der Grund dieser Bildungsmigration sind vor allem die Zugangshürden zum Medizinstudium zuhause, aber auch Arbeitsplatzmangel und schlechte Bezahlung im staatlichen Gesundheitsdienst. Die vorige Regierung hatte begonnen, um Kosten zu sparen, Ärzte aus Kuba, Uruguay und Chile zu beschäftigen, so dass viele einheimische Absolventen nur noch lukrative Stellen in Privatkliniken annehmen. [882]

SPANISCHER BOLOGNAPROTEST WEGEN PRÜFUNGEN AUSGESETZT

Wer dachte, die Proteste gegen die Umsetzung des Bolognaprozesses in Spanien seien Geschichte, hat sich geirrt. Wie Pablo Pérez Ganfornia des studentischen Bündnisses „No a Bolonia“ Ende Januar ankündigte, werden alle Aktionen nach der Prüfungsphase ab dem 9. Februar fortgesetzt.

Von Oktober bis Weihnachten hatten mehrere Zehntausend Studenten unterstützt von Professoren und Hochschulmitarbeitern gegen die im Sommer begonnene Reform des spanischen Hochschulsystems mobil gemacht. Die zweite Hälfte des Semesters, sagte Ganfornia gegenüber der Freepress ADN, wird „noch aktiver und heißer“ als die erste. Denn nicht nur in seiner Heimatstadt Sevilla führen die Hochschulleitungen die Reform stur auf eigene Faust durch, „ohne je den geringsten Kontakt“ mit den Studierenden gesucht zu haben. [794]

UNGARN: NEUER PRÄSIDENT DER CENTRAL EUROPEAN UNIVERSITY

John Shattuck wird ab August neuer Rektor der Central European University (CEU) in Budapest. Der Menschenrechtler, ehemalige Harvard-Vizepräsident und US-Botschafter in Tschechien hat vor, die Universität in allen Wissenschaftsbereichen auszubauen, und will ihren Einfluss in Osteuropa weiter ausdehnen.

Nach seiner Ernennung am 15. Januar bekräftigte Shattuck den politischen Auftrag der CEU, „offene Gesellschaften“ in postkommunistischen Ländern zu fördern und den Wandel dieser Länder konstruktiv und aktiv zu begleiten.

1991 von einer Gruppe europäischer Intellektueller um den Finanzier George Soros gegründet, hat die Universität heute 1.500 Studierende aus 100 Ländern. 400 Dozenten unterrichten hier auf Englisch Geistes- und Sozialwissenschaften, Betriebswirtschaft, Staatslehre und öffentliches Recht. [813]